

Redebeitrag von Monty Schädel

Abschlusskundgebung des Hamburger Ostermarsches am 6. April 2015

Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

seit Jahrzehnten demonstriert die Antikriegs- und Friedensbewegung traditionell zu Ostern bundesweit. Dabei ist es uns relativ egal, wie nahe der Krieg hier bei uns vor der Tür ist oder ob wir direkt und persönlich davon betroffen sind. Das ist für uns nicht wichtig, denn wir wissen, Krieg ist immer und überall ein Verbrechen an der Menschheit und mit welcher Begründung auch immer ein Krieg geführt wird, es bleibt letztlich eine Ausrede für Krieg, d.h. für Gewalt, Mord, Zerstörung, ... Eine Ausrede zu rechtfertigen, dass Menschen getötet werden und leiden! Das machen wir nicht mit. Das wollen wir nicht. Deshalb bringen wir als Friedensbewegung auch in diesem Jahr zu Ostern bundesweit unsere Position gegen Krieg und Gewalt auf die Straße und in die Öffentlichkeit.

Wenn wir unseren Protest in diesen Tagen auf die Straße bringen, dann ist es leider wieder einmal so dringend und notwendig, wie es lange nicht mehr notwendig war. Denn schauen wir auf die aktuelle Welt und in die Bundesrepublik: Weltweit toben Kriege mit all den uns bekannten Folgen – vor allem aber mit Folgen für die Menschen in den Kriegsregionen und den mittlerweile Millionen Flüchtlinge auf der Welt, die vor Kriegen und deren Auswirkungen aus ihren angestammten Regionen fliehen müssen.

Diesen Flüchtlingen muss von uns, hier aus der Bundesrepublik und Europa, mit jeder erdenklichen Unterstützung unter die Arme gegriffen werden. Sowohl in den Fluchtregionen weltweit, wie auch hier in Europa, wie auch in der Bundesrepublik. Nach den Zahlen von PRO Asyl und UNHCR beherbergt der Libanon Anfang 2014 knapp eine Million syrischer Flüchtlinge, die Türkei hat rund 650.000, Jordanien 585.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die binnen weniger Monate gekommen waren.

Und hier in der reichen Bundesrepublik, die weltweit Waffen liefert, selbst nicht davor zurück schreckt diese in Kriegs- und Krisenregionen zu verkaufen – Hautsache die Kasse stimmt – beklagen sich Politiker_innen, dass die öffentlichen Kassen leer sind und viele Menschen darüber, dass in unsere Bundesrepublik jetzt schon 200.000 Flüchtlinge in einem Jahr kommen und man gar nicht wüsste wie man sie unterbringen soll. Ein Skandal schreien sie! - Und, ja, ein Skandal sage auch ich! Noch einmal zur Verdeutlichung: der Libanon hat eine Einwohnerzahl von ca. 6 Millionen Menschen und die haben 1 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Und in der Bundesrepublik mit ihren 80 Millionen Menschen, wesentlich mehr Fläche und wirtschaftlicher Stärke stöhnt man wegen 200.000 Menschen mehr?

Es kann doch nicht sein, dass wir uns hier in und auf unserem Wohlstand ausruhen und die Grenzen um EU-Europa sowie zur Bundesrepublik dicht machen. Während man hier Milliarden Euro dafür ausgibt, dass u.a. Waffensysteme neu angeschafft werden um „besser“ weltweit Soldaten in den Krieg schicken zu können, fehlen in den Kommunen und Landkreisen die Mittel, um Flüchtlingen menschenwürdige

Lebensbedingungen bereit zu stellen.

Und selbst wenn denn Bürgermeister_innen und andere Menschen sich der Situation annehmen, müssen sie sich, wie jüngst in Tröglitz oder Güstrow, gegen rassistischen Angriffe wehren bzw. schützen.

Flüchtlinge brauchen offene Grenzen und alle die es hierher schaffen heißen wir herzlich willkommen. Sie brauchen unsere Hilfe und hier die Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben.

Solange diese Bundesrepublik, immer noch Waffen herstellt und in die ganze Welt verkauft, solange die Bundesrepublik sich an Kriegen beteiligt, hat sie mindestens deshalb die verdammt Verantwortung für die Folgen dieser Kriege mit aufzukommen und den Menschen die unter diesen Kriegen leiden, zu helfen.

Und wenn es denn wirklich am Geld liegen sollte, dass man Flüchtlingen keine menschenwürdige Lebensbedingungen geben kann, dann empfehle ich: Löst das Militär auf und verlasst das Kriegs Bündnis NATO. Diese Mittel können wir sparen und sinnvoller für Menschen einsetzen. Der Rüstungshaushalt soll in den nächsten Jahren um gleich mehrere Milliarden Euro steigen, da kann es doch nun wirklich nicht am Geld liegen.

Wir fordern endlich ein Umdenken auf allen Ebenen und in allen Gesellschaftsbereichen dieser Bundesrepublik: Offene Grenzen für Flüchtlinge – Geschlossene Grenzen für Waffen! Flüchtlingshilfe hier in der Bundesrepublik und vor Ort in den Krisenregionen aktiv und effektiv und nicht nur zum Schein!

An dieser Stelle deshalb auch ein herzliches Dankeschön an all die Menschen, die sich bereits jetzt überall in der Bundesrepublik an den EU-Außengrenzen oder in Flüchtlingslagern auf der Welt täglich für Flüchtlingen einsetzen und sie Solidarität und Menschlichkeit spüren lassen.

Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

die aktuellen Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD segnet nicht nur weltweiten Waffenexport ab und schickt nicht nur Soldaten in Kriegseinsätze, nein, sie will diese Gesellschaft der Bundesrepublik auch massiv umgestalten und – so wie ich es nenne – militarisieren. Mit einer „Attraktivitätsoffensive für die Bundeswehr“ so steht es in der Koalitionsvereinbarung, soll das Bild von der Bundeswehr im Allgemeinen und den Soldaten und Soldatinnen im Speziellen, in der Öffentlichkeit „attraktiver“ werden. Man könnte es auch als Werbekampagne für einen „Mordstruppe mit einem tödlichen Handwerk“ bezeichnen.

Als ob so etwas „attraktiv“ für Menschen sein könnte, die mit ihrem Nachbarn und allen anderen Menschen in Frieden leben wollen? Es muss doch immer wieder klar gesagt werden: Soldaten und Soldatinnen sind Mörder/Mörderinnen. Die hauptsächliche Bestimmung, wozu Soldaten und Soldatinnen da sind und wozu sie ausgebildet sind, ist das Töten! Da ist nichts „attraktiv“ dran! Egal wie viel Werbung man da rein steckt!

Die Mechanismen und Strategien dieser Attraktivitätsoffensive sind dabei äußerst umfangreich. Die Bundeswehr selbst schreibt dazu erschreckend offen auf bundeswehr.de: „Die Bundeswehr soll zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in

Deutschland werden – dieses Ziel verfolgt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit der Agenda ‚Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders‘, Moderne Arbeitszeitmodelle umsetzen, individuelle Karrierepfade verlässlich planen oder familienfreundliche Rahmenbedingungen bereithalten – all dies sind Bausteine der Attraktivitätsoffensive.“

Doch die Bundeswehr, das Kriegsministerium, die regierungstragenden Parteien, die Bundesregierung, die Lobbystrukturen und die dort handelnden Personen richten ja nicht nur Glitzerräume mit Monitoren und Werbebroschüren ein.

Mit der „Attraktivitätsoffensive“ verbinden die Genannten auch, dass sich in der Öffentlichkeit das Bild und die Einstellungen zu den von der Bundesrepublik, der EU und der NATO geführten Kriege ändert. Denn seit Beginn der offenen Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr, 1999 die Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, gab es zwar Parlamentsmehrheiten aber nie Mehrheiten in der Bevölkerung für die Kriege.

Das Grundgesetz wurde uminterpretiert und das Bundesverfassungsgericht erklärte Kriegsbeteiligungen auch für möglich, doch in der Bevölkerung und der öffentlichen Stimmung konnte das keinen Meinungsumschwung herbeiführen. Die Menschen in der Bundesrepublik lehnen Krieg als Mittel der Politik ab! - Und das ist gut so! Selbst als Soldatinnen und Soldaten sich in Katastrophenfällen wie Hochwasser oder Vogelgrippe unermüdlich einsetzten, konnte das keinen Meinungsumschwung herbeiführen. Die Menschen erkannten und fragten sich, warum haben wir ein ziviles Technischen Hilfswerk und einen Katastrophenschutz, wenn die in solchen Fällen nicht helfen können? Warum werden unsere Feuerwehren so knapp bei Kasse gehalten, dass sie ihren Auftrag selbst in Nichtkatastrophenfällen kaum erfüllen können? Und warum hat das Militär alles? Warum gibt es nur Hilfe in olivgrün? Ist das deren Aufgabe?

Ich sage dazu: Die Menschen sind nicht so blöde, dass sie solche Strategien nicht durchschauen können. Sie erkennen ganz deutlich, dass auf Kosten der zivilen Infrastruktur in den Gemeinden und Städten dem Militär alles was es verlangt, und weit darüber hinaus, zur Verfügung gestellt wird.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht kann die Bundeswehr auch nicht mehr auf die Zwangsdienstleistenden als Indoktrinations- und Rekrutierungsbasis setzen. Mit enormen Aufwand versucht sie deshalb nun über die Schulen und Jobmessen, über Klassenfahrten und Ferienevents an unsere Kinder heran zu kommen und sie für das Kriegshandwerk zu begeistern.

Während in vielen Orten Kindergartenplätze Mangelware sind, werden Extra-Kitas für die Kinder von Militärangehörigen in kürzester Zeit errichtet. Während der Schüler_innenverkehr auf dem Lande oft nicht funktioniert und Kinder viele Warte- und Fahrtzeiten aufbringen müssen, kann die Bundeswehr, mit der Gegenleistung der Werbung auf den Schülerfahrkarten, für alle Kinder von 7 bis 16 Jahre, den kommunalen Schülerverkehr bezuschussen.

Warum fehlen in den Kommunen die Gelder für Flüchtlingsunterkünfte, für die Feuerwehren, für die Kitas, für den Schülerverkehr, für Klassenfahrten und Vereinsleben, während das Militär immer parat steht. - Mittel und Material zur Verfügung stellen kann?

Wir brauchen keine Mittelverschwendung für eine „Attraktivitätsoffensive“ für die Bundeswehr und ihr mörderisches Handwerk, wir brauchen eine ausreichen ausgestattete Zivilgesellschaft!

Derzeitiger Höhepunkt der „Attraktivitätsoffensive der Bundeswehr“, ich hoffe auch für Proteste der Antikriegs- und Friedensbewegung bundesweit, soll dann der bundesweit erstmals in diesem Jahr begangene „Tag der Bundeswehr“ am 13. Juni sein.

Da nach bundeswehr.de „... die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft (mindestens genauso wichtig ist)“, sollen beim Tag der Bundeswehr das „persönliche Erleben und der unmittelbare Kontakt und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern (...) in den Vordergrund gestellt werden.“

Bundeswehr.de noch einmal: „... auch zivile Partner sind vor Ort mit im Boot: Ob Städte, Gemeinden oder Landkreise, ob Vereine, Verbände oder Reservisten – sie alle organisieren die regionale Ausplanung dieses besonderen Tages Seite an Seite.

Herausgekommen sind schon jetzt viele ansprechende Ideen und Programmhöhepunkte, die in den kommenden Wochen noch verfeinert werden. (...) die Standorte haben sich intensive Gedanken gemacht, um der Öffentlichkeit ein bisher einmaliges Event-Programm zu bieten. Dazu Attraktionen für Kinder, Militärmusik und Einblicke in die Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr – all das erwartet Besucher beim Tag der Bundeswehr.“ Mit einem Event-Programm sollen Menschen dafür geworben werden, die weltweit stattfindenden Kriege am Laufen zu halten und soll das Soldatsein als Normal dargestellt werden.

Doch wenn uns die Bundeswehr und die Regierungsfractionen, die Lobbyist_innen und Militärbefürworter_innen in dieser Bundesrepublik so herausfordern, dann kann es doch für uns nur eine Antwort geben: Blockieren und behindern wir das Militär überall wo es in Erscheinung tritt! Sagen wir laut: Euer Lack und euer Glitzer können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr einer unnormalen Tätigkeit nachgeht und dem Krieg das Wort redet! Wir wollen die Bundeswehr abschaffen und wir wollen Strategien entwickeln und anwenden, die die Ausbeutung, die sozialen Ungerechtigkeiten, die Armut beenden und Konflikte gewaltfrei bearbeitet! Krieg beginnt nicht erst mit dem Waffeneinsatz oder der Eskalation in den Wochen und Monaten dorthin. - Krieg beginnt bereits dort, wo Militär als etwas „Normales“ oder gar „Attraktives“ dargestellt wird.

Dieser „Tag der Bundeswehr“, vor Jahren noch selbst für Regierungspolitiker_inne undenkbar, ist ein Beispiel dafür, wie unsere Gesellschaft zunehmend militarisiert wird. Das heißt nicht, dass wir ständig überall Panzer auf der Straße sehen. Aber Militär als Event, und dann bundesweit an einem Tag, normal wie ein Sommerfest mit bunten Wimpeln und Fahnen, bei Musik und Getränken bedeutet Militarisierung der Gesellschaft: Das zivilen Lebens wird durch militärische Mittel oder Personen aus dem Militär soweit durchdrungen, dass die Verwendung dieser Mittel und die Anwesenheit von Militär nicht mehr in Frage gestellt wird.

Wenn wir aber eine Gesellschaft haben, die Militär und Krieg als normal und gerechtfertigt ansieht, dann ist die Gefahr, dass Kriege auch stattfinden, sehr viel größer. Das Führen von Kriegen wird für die Regierenden viel einfacher.

Wir sind alle gefordert: Verhindern wir die Ausweitung dieser Art der Normalität!

Denn mit der Militarisierung hier wird der Krieg und die Ausweitung von Kriegen weltweit vorbereitet. Der Boden wurde/wird dafür bereitet, dass Kriege möglich werden, der Widerstand dagegen wird verringert, delegitimiert, verhindert. Wir erleben das bereits aktuell bei der Sicht auf die Proteste gegen die aktuellen Kriege und die Beteiligungen der Bundesrepublik daran. Selbst die aktuelle Bedrohung unserer Lebens durch den Krieg in der Ukraine, fast direkt vor unserer Haustür, die NATO-Russland-Eskalation oder die vielen Berichte von den Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan, Afrika können die meisten Menschen nicht zur Aktivität herausfordern.

Es liegt deshalb an uns, deutlich zu machen: Die Kriege, die überall auf der Welt stattfinden, finden nicht statt, weil sie ein Naturereignis sind, sondern weil dem auch hier nicht entschieden in der Masse entgegen getreten wird. Hier beginnt der Krieg mit der Militarisierung der Gesellschaft, mit der Rüstungsproduktion, mit dem Waffenhandel, mit dem Festhalten an unserem Wohlstand. - Hier können und müssen wir auch dagegen etwas tun.

Liebe Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

setzen wir unseren Protest gegen die Kriege auf der Welt, für den Austritt aus und die Abschaffung der NATO, gegen den Waffenhandel und gegen die Drohneneinsätze aktiv und aktiver fort. Lassen wir uns nicht dadurch beirren, dass wir angeblich eine Minderheit seien oder die Welt nicht verstehen würden, weil wir andere Positionen vertreten als viele Politiker_innen und denen, die in den Medien widergespiegelt werden. Die Friedensbewegung musste leider schon immer gegen den Mainstream wirken.

Dafür sind wir aber immer konsequent geblieben und sind keine Kompromisse bei der Frage des Friedens eingegangen. Wir hängen an keiner Regierung, haben aber Grundsätze!

Entscheidend für uns ist der Bestand des Konsens der Antikriegs- und Friedensbewegung. - Gemeinsam gegen Gewalt, Krieg und Militarismus, niemals nie aber mit Rassist_innen und Nazis gemeinsam, denn deren „Frieden“ ist nicht unser Frieden, selbst wenn sie vom Frieden reden und unsere Forderungen kopieren. Nationalismus und Rassismus, das Erheben von Menschengruppen über andere Menschen, führt immer in der Krieg. Für gemeinsames Handeln für den Friede gibt es Grenzen, auch wenn wir alles dem Frieden unterordnen.

Und so ist es dann auch, dass wir Russlands Reaktionen auf die Ausweitung der NATO an ihre Grenzen, auf den faschistischen Putsch in Kiew mit der Unterstützung von NATO/EU/Bundesregierung, auf die kriegerische Eskalation in der Ost-Ukraine, auf die ständigen Lügen aus Brüssel, Berlin, Washington, dem Baltikum, Kiew und Warschau nachvollziehen können - man kann sogar sagen, verstehen können.

Dass heißt aber noch lange nicht, dass wir alles was da aus Russland und Moskau kommt gut oder richtig finden oder auch legitimieren würden.

Und so ist es z.B. weder in der Ukraine, in Riga, noch in St. Petersburg, noch in Tröglitz, Stralsund, Dortmund oder Dresden hinzunehmen, wenn Nazis ihre menschenverachtenden Sicht verbreiten.

Entsetzt sind wir erst recht darüber, dass in St. Petersburg der Raum dafür gegeben worden ist, dass sich die europäischen faschistischen Partei im „Russisch-Internationalen Konservativen Forums“ zusammen finden konnten.

Egal ob Front National, Vlams Blok (Vlaams Belang), NPD, DIE RECHTE, die AFD oder auch bei Pegida, Pegada, Endgame, - die können noch soviel vom Frieden reden, die gehören nicht zur Friedensbewegung.

„Verbot des Waffenhandels“, „Stopp der Drohnenkriege“, „Austritt aus der NATO“ reichen als Forderungen aufzuzählen nicht aus, um als Teil der Friedensbewegung in der Bundesrepublik anerkannt zu sein. Wir wollen nicht heute mit Leuten gemeinsam demonstrieren, die morgen dann vor Flüchtlingsheimen stehen und „Ausländer raus!“ brüllen!

Und wer, so wie es bei den sogenannten Mahnwachen für den Frieden nicht selten vorgekommen ist, „links“ und „rechts“ aufhebt oder dieses gleichsetzt, öffnet der NPD und anderen Nazis/Rassit_innen die Tür.

Den zum Ostermarsch hier in Hamburg im Aufruf zitierten Schwur von Buchenwald können wir nur umsetzen, wenn bei uns in Wort und Tat klar ist: Rechts ist die Tür zu!

Das war bei der Friedensbewegung immer so und so sollten wir es auch weiter handhaben!

Verbinden wir dieses mit unserem Streiten gegen die Krieg auf der Welt und dem Kampf gegen die Militarisierung im Innern der Gesellschaft und wir werden eine wirklich gerechte und solidarische Gesellschaft errichten können.

Ich bin Monty Schädel und handle aus Überzeugung!

Ich bin ganz sicher nicht von der NATO gekauft!

Mein Arbeitgeber ist die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)!